

Schweiz

Viele Deutsche fühlen sich nicht willkommen

Die Universitäten Wien und St. Gallen haben das Befinden der Deutschen in der Schweiz untersucht. Bei der Arbeits- und Wohnungssuche sehen sich viele benachteiligt.

Eine Studie, für die die Wirtschaftsuniversität Wien mit der Universität St. Gallen zusammenarbeitete, hat das Befinden der Deutschen in der Schweiz untersucht. Grundlage ist die Annahme einer «nur eingeschränkten Aufgeschlossenheit» der Schweizer Bevölkerung gegenüber Zuzüglern aus Deutschland.

Die gestern veröffentlichte Studie habe zum Ziel, «die klimatischen Bedingungen für Deutsche in der Schweiz sowohl am Arbeitsplatz als auch im Alltag zu analysieren», heisst es in der Einführung. Etwa 1000 in der Schweiz arbeitende Deutsche beantworteten dafür 2014 online eine ganze Reihe von Fragen. Kontaktiert wurden sie unter anderem über Internet-Plattformen wie Xing oder Facebook.

Je nach Thema gaben 13 bis 24 Prozent der befragten Deutschen an, in der Schweiz wegen ihrer Nationalität benachteiligt zu werden. 21 Prozent hatten diesen Eindruck beispielsweise beim Kauf oder der Miete einer Wohnung oder eines Hauses. 15 Prozent gaben an, ihnen sei eine Anstellung verweigert worden, weil sie Deutsche seien. Befragungen zu Themen wie Service im Restaurant, zu Respekt und Höflichkeit zeigten, «dass verschiedene Arten von Zurücksetzung oder Ungleichbehandlung im Schweizer Alltag in unterschiedlicher Intensität erlebt werden», folgerten die Verfasser aus den Antworten.

Schweigen, um nicht aufzufallen

Eine antideutsche Grundstimmung in der Schweiz werde von vielen Deutschen wahrgenommen, heisst es. Dies wirke sich vor allem auch am Arbeitsplatz aus. Einige der Zuzüger versuchten, durch bewusst gesteuertes Verhalten Geringschätzungen zu entgehen: So gaben 23 der Befragten an, «manchmal weniger oder gar nicht zu reden, damit sie aufgrund ihrer Aussprache nicht als Deutsche identifiziert werden».

Die Befragten mussten sich für die Studie auch zu folgender These äussern: «In die Schweiz kommt man nicht als Deutscher, sondern man wird in der Schweiz erst zum Deutschen gemacht.» 15 Prozent stimmten dieser Aussage «voll zu», 34 Prozent kreuzten das Kästchen «stimme eher zu» an. 19 Prozent entschieden sich für «weder noch», die übrigen 32 Prozent der Befragten lehnten die These «eher» oder «ganz» ab. Eine der Schlussfolgerungen aus der Studie: Etwa 30 Prozent der in der Schweiz lebenden Deutschen fühlten sich «nicht willkommen und nicht dazugehörig». Weitere 30 Prozent teilten diese Empfindung teilweise. (SDA)

SP zog Forderung nach Hausverbot zurück

Die Affäre um den Kasachstan-Vorstoss von Christa Markwalder und das Lobbying von Marie-Louise Baumann spaltet die Sozialdemokraten.

Markus Brotschi
Bern

Wenn die Lobbyistin Marie-Louise Baumann durch die Wandelhalle streift, sind ihre Adressaten fast immer bürgerliche Parlamentarier. Unter den Linken gilt sie als Wasserträgerin der Wirtschaft, die für alle möglichen Auftraggeber hausiert. Nachdem bekannt wurde, dass Baumann für eine pseudo-oppositionelle Partei aus Kasachstan FDP-Nationalrätin Christa Markwalder eingespannt hatte, stellt die SP erneut die Zulassungskriterien für Lobbyisten infrage. Am Mittwoch, als die Affäre bekannt wurde, verfasste die SP eine Interpellation, in der sie bei der parlamentarischen Verwaltungsdelegation ein «Hausverbot» für Baumann anregte.

Allerdings hat die SP den Vorstoss am Mittwochabend wieder zurückgezogen und sistiert, wie die Waadtländer Nationalrätin Cesla Amarelle gestern einen Bericht der NZZ bestätigte. Der Grund sind Gerüchte, wonach Baumann beweisen könne, dass Markwalder über die kasachischen Auftraggeber informiert gewesen sei. Markwalder hatte am Mittwoch gegenüber den Medien zu Protokoll gegeben, sie sei «naiv» gewesen, dass sie sich von Baumann zu einem parlamentarischen Vorstoss für den Demokratisierungsprozess in Kasachstan gewinnen liess. Baumann wollte zu angeblichen Beweisen, die sie zur Klärung der Sache vorbringen könne, gestern nicht Stellung nehmen.

Dass die SP ihren Vorstoss für ein Hausverbot gegenüber Baumann zurückzog, hat politische Gründe. In der SP wird befürchtet, dass allfällige Aussagen Baumanns sich zuungunsten Markwalders auswirken und deren Wahl zur Nationalratspräsidentin 2016 gefährden könnten. Markwalder ist in der Europa-Frage eine der wenigen bürgerlichen Verbündeten der SP. «Als Nationalratspräsidentin hat sie die Möglichkeit, in den EU-Ländern für eine Annäherung der Positionen zu werben», sagte eine SP-Nationalrätin.

Anderen in der SP geht diese Rücksichtnahme zu weit. «Das ist nicht unser Problem», sagt Roger Nordmann (VD). Gleichsam stellt auch er zur Affäre um Markwalders Kasachstan-Vorstoss fest: «Die Faktenlage ist unklar.» Für Nordmann ist der Fall aber ein Anlass, um eine Verschärfung der Zugangskriterien für Lobbyisten zu fordern. Auch Nationalrätin Jacqueline Fehr hält den heutigen Zustand für unhaltbar. Sie stört sich vor allem daran, dass Lobbyisten den Zutrittsausweis von einem Parlamentarier erhalten und nicht deklarieren müssen, für welche Auftraggeber sie im Parlament arbeiten. Marie-Louise Baumann hat den Kasachstan-Auftrag für die PR-



Hinterzimmergespräche im Bundesthaus. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

Firma Burson-Marsteller ausgeführt. Im Verzeichnis der Bundesthauslobbyisten gibt sie sich aber als Vertreterin ihrer eigenen Firma MLB Communications aus. Baumann begründet dies damit, dass sie seit Januar als Freelancerin arbeite. Den Zutrittsausweis hat Baumann von FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger erhalten. Dass sich Baumann mit der eige-



Marie-Louise Baumann
Lobbyistin

nen Firma MLB Communications und nicht als Mitarbeiterin von Burson-Marsteller eingetragen hat, sei ihr nicht bewusst gewesen, sagt Eichenberger. Für sie sei klar, dass Baumann im Auftrag von Burson-Marsteller in der Wandelhalle sei. Über den aktuellen Fall Kasachstan habe sie mit Baumann kurz geredet und dieser «ihr Missfallen ausgesprochen», sagt Eichenberger. Da die Zutrittsberechtigung von Baumann nur noch ein halbes Jahr gültig sei, sehe sie keinen Anlass für Konsequenzen.

Auch der Lobbyisten-Verband SPAG schaltete sich in die Kasachstan-Affäre ein. Der Verband klärt nun ab, ob Baumann gegen die Standesregeln der Branche verstossen hat, weil sie Markwalder nicht korrekt über ihre Auftraggeber informiert haben könnte.

Nachrichten

Lehrplan 21 Initiative widerspricht übergeordnetem Recht

Die Volksinitiative «Für die Volksschule» ist ungültig. Das Verwaltungsgericht stützt einen Entscheid der St. Galler Regierung. In der Initiative des Komitees «Starke Volksschule St. Gallen» war die Beschränkung auf eine Fremdsprache in der Primarschule festgeschrieben worden. Das widerspricht dem Harmos-Konkordat sowie der in der Bundesverfassung vorgeschriebenen Pflicht, für einen durchlässigen schweizerischen Bildungsraum zu sorgen. Dies schreibt das St. Galler Verwaltungsgericht in seinem gestern publizierten Urteil. (SDA)

Energie Bund senkt Fördergelder für Solaranlagen weiter

Die Betreiber von Solaranlagen sollen weniger Fördergelder erhalten. Der Bund will 2015 die Vergütungssätze für diese Anlagen weiter senken. Das Bundesamt für Energie hat gestern eine Anhörung zu einer Revision der Energieverordnung eröffnet. Die Sätze der kostendeckenden Einspeisevergütung für Fotovoltaikanlagen sollen in zwei Schritten gesenkt werden, per 1. April und per 1. Oktober 2016. Damit lägen die Sätze ab Oktober 2016 je nach Anlagengrösse zwischen 7 und 13 Prozent unter jenen des laufenden Jahres. Die Höhe der Einmalvergütung für kleine Fotovoltaikanlagen bleibt unverändert. Bereits dieses Jahr hatte der Bund eine Senkung der Sätze in zwei Schritten beschlossen. Mit tieferen Vergütungen können mehr Projekte ins Fördersystem aufgenommen werden. (SDA)

Medien Radio und Fernsehen sind weiterhin sehr beliebt

Die Bedeutung von Radio und Fernsehen ist ungebrochen hoch. Gemäss der unabhängigen Forschungsinstitution Mediapulse haben 2014 jeden Tag fast neun von zehn Schweizern ein Radiogerät eingeschaltet. Durchschnittlich seien täglich 104 Minuten Radioprogramme konsumiert worden, schreibt Mediapulse in einer Mitteilung. Noch mehr Zeit verbringen die Schweizer vor dem Fernseher: durchschnittlich 134 Minuten pro Tag. Fast zwei Drittel der Bevölkerung schalten täglich ihr Fernsehgerät ein. Damit ist der Fernsehkonsum im letzten Jahr leicht gestiegen. (SDA)

Feuerwehr Internationales Treffen in Wetzikon

In Wetzikon ZH geben sich über Auffahrt Feuerwehren aus ganz Europa ein Stelldichein. Die Internationale Feuerwehr-Sternfahrt findet zum ersten Mal seit 35 Jahren wieder in der Schweiz statt. Vom glänzend polierten Oldtimer bis zum hocheffizienten Flugfeld-Löschfahrzeug vom Flughafen Zürich wird am viertägigen Treffen alles dabei sein, was mit Feuerwehr zu tun hat. Mit von der Partie sind Rega-Helikopter und ein Rettungswagen. (SDA)

Anzeige

Letzte Mitfahrgelegenheit.

Nur noch für kurze Zeit: Kombinieren Sie bis 16. Mai 2015 Ihre Tageskarte, Ihre 9-Uhr-Karte zum Halbtax oder Ihr GA mit einem Mitfahrbillett für nur 37 Franken*. sbb.ch

* Regulärer Preis: CHF 124.– für eine Tageskarte 1. Klasse zum Halbtax. Aktion Mitfahrbillett erhältlich und gültig 7.4.–16.5.2015 für CHF 37.–. Pro Tageskarte und 9-Uhr-Karte (je mit Halbtax) sowie GA kann 1 Person mit dem Mitfahrbillett mitreisen. Keine Erstattung, kein Umtausch. Es gelten die weiteren Bestimmungen unter sbb.ch.

